

Peter Hübner

„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung

<http://dx.doi.org/10.14765/zsf.dok.1.957>

Reprint von:

Peter Hübner, „Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 35-46

Copyright der digitalen Neuauflage (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Peter Hübner (2005), „Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.957>

Ursprünglich erschienen als: Peter Hübner, „Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 35-46

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner / Christoph Kleßmann /
Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 17226 (HISD)ZEF

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

Inhalt

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde

Einleitung 9

Klaus Tenfelde

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“
20. Jahrhunderts..... 17

Peter Hübner

ERSTE SEKTION:
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

Dietrich Beyrau

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze 71

Lenka Kalinová

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen
Bulgarien?..... 109

Dragoş Petrescu

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

Anikó Eszter Bartha

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and
Experience in Hungary 141

Simone Barck/Dietrich Mühlberg

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung 163

Rainer Gries

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

Jennifer Schevardo

ZWEITE SEKTION:
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ 215

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern.
Annäherungen an einen Vergleich 227

Peter Hübner

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

Annette Schuhmann

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? 271

Małgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur
„kleinen Stabilisierung“ 291

József Ö. Kovács

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

Mary Fulbrook

DRITTE SEKTION:
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen
Einführung..... 347

Helke Stadtland

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression
im Wandel 383

Bernd Gehrke

Weichenstellungen zum Disparaten.
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 425

Mark Pittaway

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary 453

Peter Heumos (München/Moosburg)

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 473

Anhang

Autorenverzeichnis 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis 512

Peter Hübner

Erste Sektion: „Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung

Das Verhältnis von Arbeitern und Staat beschäftigte die Protagonisten der in unterschiedlichen historischen Kontexten entstandenen Arbeiterbewegungen von deren Anfängen an. Der Plural des Begriffs, wie ihn Klaus Tenfelde in seinem Einführungsvortrag „Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des ‚kurzen‘ 20. Jahrhunderts“ verwendet, signalisiert nicht allein Unterschiede der Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen, sondern auch Differenz im Politischen, in der Programmatik ebenso wie in der täglichen Praxis. In besonderem Maße spiegelten sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Arbeiterbewegungen, wie überhaupt der Arbeiterschaft in der Perzeption des Staates. Doch auch „der Staat“ präsentierte sich Arbeitern gegenüber in sehr verschiedener Weise. Insofern ließ sich die Beziehung zwischen beiden nie über einen Kamm scheren. Gleichwohl weist sie im internationalen Vergleich ebenso wie im Hinblick auf die Arbeiterbewegungen strukturelle Übereinstimmungen auf.

Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde haben den „Staat als die wichtigste, vielfach verästelte, in Institutionen gegossene überfamiliale Handlungseinheit der Gesellschaft“ bezeichnet.¹ An dieser Gegebenheit kamen auch jene nicht vorbei, die schon während des Aufkommens früher Arbeiterbewegungen über alternative Gesellschaftsformen und eben darunter auch über den „Arbeiterstaat“ nachdachten, in erster Linie die frühen Sozialisten. Geht man auf diese Ursprünge zurück, so fällt auf, daß das Begriffspaar Arbeiter und Staat zunächst nicht in der Perspektive der Industriearbeiterschaft problematisiert wurde. Hans-Ulrich Thamer hat das auf den Nenner gebracht: „Die Arbeiterbewegung entstand in der Werkstatt und nicht in der Fabrik.“² Auch die ideengeschichtlichen Ausgangspunkte sozialistischen und kommunistischen Denkens in Europa sind außerhalb des Industrieproletariats zu suchen: Wichtige Entwicklungsstränge nahmen im Fourismus und Saint-Simonismus ihren Anfang, im Kommunismus Cabets und bei den Reformansätzen von Louis Blanc, im Anarchismus Proudhons ebenso wie im Philanthropismus Robert Owens und im christlichen

1 Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S. 679.

2 Hans-Ulrich Thamer, *Arbeit und Solidarität. Formen und Entwicklungen der Handwerksmentalität im 18. und 19. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland*, in: Ulrich Engelhard (Hg.), *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1984, S. 469–496, hier S. 485.

Sozialismus des Abbé Félicité-Robert de Lamennais. Staat und Gesellschaftsordnung standen im Zentrum des utopischen Babouvismus und der von Saint-Simon begründeten Schule. Frankreich bildete unverkennbar das Zentrum und den Ausgangspunkt der weiteren Wirkungsgeschichte solcher Reformüberlegungen und Revolutionsideen.³ Sie strahlten nicht nur auf das nahegelegene Deutschland aus, sondern erreichten relativ bald auch das östliche Europa und die USA.

Der in diesem Band thematisierte „Arbeiterstaat“ geht als Begriff und politisches Konzept auf eine in der europäischen Aufklärung wurzelnde Denktradition zurück. In ihrem Licht erschien der Staat als ein nach rationalen Kriterien funktionierender Mechanismus. Dieser Ansatz findet sich auch in Lenins Interpretation der Staatsauffassung von Marx und Engels wieder.⁴ Dieser Zugang ist wichtig, nahmen doch alle kommunistischen Parteiführungen in den Ländern des seit 1944/1945 entstehenden sowjetischen Blocks darauf Bezug. Für Lenin, auf den sich wiederum Stalin berufen hatte, war der Staat ein Klassenstaat, ein Organ von Klassenherrschaft. Nach dessen Zerschlagung durch die Revolution mußte nach Auffassung des Begründers der Sowjetmacht in Rußland ein Übergangstaat folgen, die „Diktatur des Proletariats“. Dieser von dem französischen Sozialisten Louis Auguste Blanqui geprägte und von Karl Marx übernommene Begriff bezeichnete ein Instrument, mit dessen Hilfe die revolutionäre Transformation vom kapitalistischen Klassenstaat zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft bewältigt werden sollte.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Begriff des „Arbeiterstaates“ angemessen, zumal er eng mit dem der „Diktatur des Proletariats“ korrespondiert. Lenin bezeichnete diese zwar nicht als „Arbeiterstaat“, doch sollten Arbeiter, geführt von der bolschewistischen Kaderpartei, darin die Schlüsselpositionen einnehmen. Bekanntermaßen schwebte Lenin für diesen Staatsaufbau das Modell einer Fabrik vor. Besonders die deutsche Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges schien ihm mit all ihren staatlichen Interventionsmechanismen als Vorbild geeignet. In der Deutschen Post sah er gar ein Modell, nach dem sich eine unter der Kontrolle des bewaffneten Proletariats stehende Volkswirtschaft organisieren ließe. Heraus kam der Sowjetstaat, der nach Bürgerkriegswirren und Neuer ökonomischer Politik (NEP) zur harten Modernisierungs- und Erziehungsdiktatur mutierte.

Diese erwies sich in der Praxis jedoch nicht als Übergangsform, sondern sie verfestigte sich zum Herrschaftsinstrument einer kleinen Machtelite. Stalins Sowjetunion war nicht die Schöpfung eines ebenso charismatischen wie terroristischen Diktators, sondern sie war ein Ergebnis dieser Entwicklung. Die Gründung sozialistischer Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa folgte diesem Muster. Dies geschah durchaus nicht nur auf sowjetischen Druck, sondern in allen diesen Ländern existierte zumindest der Kern einer stalinistischen Kaderpartei. Entgegen Marx' Prophezeiungen vom Absterben des Staates kippte die Entwicklung in eine andere Richtung. Sigrid Meuschel nannte dies gelegentlich ein „Absterben der Gesellschaft“.⁵ Gleichwohl spielten Arbeiter in

3 Ausführlicher hierzu Walter Euchner, *Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland*, Teil 1, in: Helga Grebing (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik*. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 25–54.

4 Vgl. Frank Deppe, *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*, Hamburg 1999, S. 291–296.

5 Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft: zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt/M., 3. Aufl. 1993, S. 94.

den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas eine Schlüsselrolle: Als Produzenten bildeten sie nicht nur das soziale Gravitationszentrum der sozialistischen Arbeitsgesellschaften, sondern auf sie gründete sich auch das ideologische Postulat einer herrschenden „Arbeiterklasse“.

Die Beiträge dieser Sektion beziehen sich auf diesen historischen Hintergrund. Sie loten das zwischen Anspruch und Realität des „Arbeiterstaates“ bestehende Spannungsverhältnis aus und gehen auf die Beziehung zwischen Parteiherrschaft und Arbeitern ein, wobei auch nach der politischen Symbolfunktion „des Arbeiters“ gefragt wird.

1. Konzept und Modell

Einem Spannungsbogen, der, wenn man das etwas ironisieren wollte, vom praxisorientierten Entwurf des „Arbeiterstaates“ zur theoriegeleiteten Praxis führte, gehen Dietrich Beyrau in seinem Beitrag „Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten“ und Christoph Boyer zum Thema „Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze“ nach. Dieser Zugang liegt nahe, wobei in Rechnung zu stellen ist, daß die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg den mittel- und osteuropäischen Staaten nicht nur als Modell diente, sondern den Adaptionenprozeß dieses Modells im neuerworbenen Machtbereich mit Nachdruck selbst betrieb.

Beyrau lenkt den Blick zunächst auf die Breshnew-Ära, und nimmt das 1977 kreierte Schlagwort vom „entwickelten Sozialismus“ unter die Lupe. Dem Betrachter bietet sich das merkwürdige Bild einer angesichts zurückliegender Erfolge selbstzufriedenen Machtelite sowie einer in Stagnation oder gar „Zeitlosigkeit“ verfallenden Gesellschaft. Nach Jahrzehnten einer im Zeichen von Terror und verführerischer Utopie stehenden Transformation schien die Zeit der Technokraten gekommen. Der sowjetische Staat mutierte, zumindest im offiziellen Verständnis, von der Diktatur des Proletariats zum „Staat des gesamten Volkes“. War der Arbeiterstaat damit passé? Der soziale Aufstieg aus der Arbeiterschaft in die Funktionsebenen sowie das Entstehen neuer „werkstätiger Zwischenschichten“ wurde in der UdSSR als Bildungsrevolution und soziale Homogenisierung der Gesellschaft gedeutet. Beyrau schließt hier eine sehr bedenkenswerte Interpretation an: Zwar sei das Ziel des Kommunismus bis auf weiteres vertagt, doch die Existenz einer sozialistischen Persönlichkeit, die eine sowjetische Lebensweise an den Tage lege, hielt man für real gegeben. Tatsächlich spricht einiges dafür, hierin „die letzten Spurenelemente einstiger revolutionärer Ungeduld“ zu erblicken. Die Umwandlung des revolutionären Anspruchs in ein evolutionäres Gesellschaftsmodell verdient genauere Betrachtung. So wird gezeigt, wie die Politik am sowjetischen Fortschrittsmodell und seiner Gesetzmäßigkeit festhielt, dabei aber die Übergänge zwischen Anspruch und Wirklichkeit verwischte. Der in diesem Zusammenhang verwendete Begriff der Evolution wäre gewiß näher zu hinterfragen, etwa nach Anzeichen für ein Transformationspotential.

Dietrich Beyrau geht ausführlich auf die Perzeption des sowjetischen Modells im Ostblock ein. Er skizziert eine multidimensionale Beziehungsstruktur, die noch eingehender

Erforschung harrt. Jeder Versuch einer Antwort auf die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen wird von ambivalenten Bezügen auszugehen haben. So stand neben der von den ostmitteleuropäischen Parteieliten akzeptierten sowjetischen Führungsrolle das Streben nach Handlungsspielräumen, neben der programmatischen Orientierung am sowjetischen Modell die Prägekraft anderer historischer Entwicklungspfade. Auch wird das Verhältnis von kooperativer und simulierter Zusammenarbeit im Hinblick auf die Zeit seit 1953 genauer auszuloten sein. Nicht zuletzt stellt sich das Kostenproblem des sowjetischen Führungsanspruchs gegenüber den Verbündeten. Ebenso verdient der merkwürdige Dualismus von erstarrten Strukturen des Parteistaates und informellen Zusammenhängen und Patronage-Systemen der Funktionseliten Beachtung. Mit der Frage, inwieweit man es hier mit einem Neokorporatismus zu tun hat, der eher konservativen Wertorientierungen folgt, öffnet sich ein weites Forschungsfeld. Das gilt auch für die sozialen Wirkungen jenes Vorganges, der im Ostblock als wissenschaftlich-technische Revolution bezeichnet wurde. Beyrau schließt hier eine sehr bedenkenswerte Betrachtung an: Die zunehmende Bedeutung technischer Qualifikationen zehrte nicht nur „vom Technikmythos und vom Prestige des Ingenieurs als Erbauer des Kommunismus“, sondern verschob auch die soziale Tektonik der sowjetischen Gesellschaft. Inwieweit der Vorgang die Erosion des „Arbeiterstaates“ ankündigte, bliebe zu fragen. Auf jeden Fall ist Beyrau zuzustimmen, wenn er dafür plädiert, hinter die Fassade des ideologischen Konstrukts „Arbeiterklasse“ zu schauen und die sozialen Ausdifferenzierungen der Arbeiterschaft wahrzunehmen.

Den systemanalytischen Ansatz nimmt auch Christoph Boyer auf. Er empfiehlt, die Arbeitergeschichte des östlichen Mitteleuropa in den Jahren nach 1945 in einem Bezugsrahmen zu betrachten, der „offensichtliche Diversität mit der ebenso evidenten Familienähnlichkeit systemischer – staatssozialistischer – Strukturen“ vermittelt. Wie das geschehen kann, sucht Boyer in zwei Schritten zu demonstrieren, indem er erstens nach allgemeinen Merkmalen, gewissermaßen also nach der „staatssozialistischen Struktur- und Ablauflogik“ von Systemen sowjetischen Typs fragt. Zweitens geht es ihm um das National-Spezifische und Zufällige einzelner Entwicklungspfade.

Daß sich Systeme sowjetischen Typs aufgrund ihrer „Fehlprogrammierung“ in einer permanenten Strukturkrise befanden, ist der vielleicht weniger spannende Befund. Sehr viel interessanter wird es, wenn man die unterschiedlichen Versuche betrachtet, zu einem dynamischen Gleichgewicht des Staatssozialismus zu finden und damit auch die gefährlichen Legitimitäts- und Stabilitätsdefizite abzubauen. Christoph Boyer wirft nun die Frage auf, ob solche Anpassungsversuche, er nennt sie staatssozialistische Trajektorien, mit Kategorien der Evolutionstheorie zu beschreiben sind. Der Versuch, Reformprozesse als Abfolge von Variation, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen als Hauptthema sozialistischer Reformen zu definieren, wird anhand von vier Strategievarianten belegt. Über die Details wird man diskutieren können, denn die Feststellung, daß sozialistische Reformen mehr als ein „Herumdoktern“ an Symptomen gewesen seien, reizt doch zu einschränkendem Widerspruch. Näher betrachtet, offenbaren wohl alle einschlägigen Reformversuche ein erhebliches Maß an Improvisation. Vielleicht sollte man auch über die Grenzen von Reformen noch genauer nachdenken. Eine solche markante Grenze sieht Boyer in der Machtfrage. Warum aber die Machteliten in den verschiedenen sozialistischen Län-

dem in diesem Punkt eine doch recht unterschiedliche Risikobereitschaft an den Tag legten, wäre genauer zu erörtern.

Darauf geht Boyer mit der Feststellung ein, daß sich die „ostmitteleuropäischen Staatssozialismen“ auf divergierenden Pfaden bewegt hätten. Die beiden Hauptvarianten werden thesenartig vorgestellt: Den einen Typ repräsentierten die DDR und die Tschechoslowakei. Hier mündeten die Reformen der sechziger Jahre in eine vom Regulierungsanspruch der Parteimacht dominierte „Ultrastabilität“, die 1989 implodierte. Der andere Typ zeigte sich in Ungarn und Polen. Für beide wurde eine Erosion der Machtstrukturen kennzeichnend und ein allmählicher Rückzug des Parteistaates aus Wirtschaft und Gesellschaft. Hier stellt sich unmittelbar die Frage nach Pfadabhängigkeiten. Boyer lenkt den Blick mit gutem Grund u.a. auch auf hierfür relevante Struktur- und Entwicklungszusammenhänge der Arbeiterschaft in diesen Ländern. Mindestens ebenso interessant sind die Ausführungen zu den Gründen, die in Ungarn und Polen den „Arbeiterstaat“ nicht nur erodieren ließen, sondern die Entwicklung auch für zivilgesellschaftliche Optionen öffnete. Der Hinweis auf das „Gabelungsjahr“ 1956 erklärt manches, wie auch 1953 zur Erklärung der Entwicklung in der DDR und der ČSSR herangezogen werden kann. Zu diskutieren wäre allerdings, wie stark die Wirkung dieser beiden Daten in den späten achtziger Jahren tatsächlich war.

2. Anspruch und Wirklichkeit des „Arbeiterstaates“

Vier weitere Beiträge dieser Sektion präsentieren Einzeluntersuchungen zur jüngeren Geschichte der Arbeiterschaft in der ČSSR, Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Die Betrachtungen Dietrich Beyraus zum sowjetischen Modell und dessen Wirksamkeit im Ostblock und Christoph Boyers systematisierender Ansatz finden hier eine empirische Vertiefung.

Daß die Verwendung des Begriffes Arbeiterstaat im zeitgenössischen Kontext durchaus nicht selbstverständlich war, betont Lenka Kalinová gleich zu Beginn ihres Beitrages „Mythos und Realität des ‚Arbeiterstaates‘ in der Tschechoslowakei“. Hier war, wie in den anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs auch, von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ die Rede. Ein kleiner Exkurs verweist auf die ideologiegeschichtlichen Wurzeln dieser Begriffsbildung. Lenka Kalinová fügt dem die Feststellung hinzu, daß die Einführung des sowjetischen Systems den einzelnen Ländern des sowjetischen Blocks zwar mit einigen Modifikationen einhergegangen sei, doch im allgemeinen habe man wenig Rücksicht auf historische, kulturelle und religiöse Traditionen, sowie auf das jeweilige wirtschaftliche Niveau und die Zusammensetzung der Bevölkerung wie auch der Arbeiterschaft genommen. Gleichwohl aber hätten sich die Unterschiede unter der Oberfläche des Staatssozialismus bewahrt und seien in dessen finaler Krise erneut aufgebrochen. Dies habe den Krisenverlauf erheblich beeinflusst.

Das Beispiel der Tschechoslowakei weist solche Differenzierungen auch zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Landesteil auf. Lenka Kalinová geht den Unterschieden am Beispiel der organisierten Arbeiterbewegung nach. Die beträchtliche Stärke der Kommunistischen Partei erklärt sie einerseits aus deren multinationaler Zusammensetzung, den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise und den Okkupationserfahrungen aus der Zeit von

1938 bis 1945. Dieser Erfahrungshintergrund habe nach dem Zweiten Weltkrieg zur politischen Radikalisierung der Arbeiterschaft beigetragen, wobei die Kommunisten ihren Schwerpunkt in den industrialisierten böhmischen Landesteilen hatten.

Hervorhebenswert erscheint die starke Position der Gewerkschaftsorganisationen und der Betriebsräte, auf die sich die Kommunistische Partei 1948 bei ihrer Machtübernahme stützen konnte. Allerdings nahm der anfangs hohe Anteil der Arbeiter in der KP mit der Zeit ab. Statt ihrer traten vermehrt Angestellte in die Partei ein. Dies war offenbar eine allgemeine Tendenz, in der sich auch Dietrich Beyraus am sowjetischen Beispiel gemachter Befund bestätigt. Aus dieser Entwicklung resultierte die immer deutlicher werdende Differenz zwischen dem Postulat einer „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ und der wirklichen Stellung der Arbeiter im Staat. Für die ČSR bzw. ČSSR betont Kalinová deshalb, daß die Partei Begriffe wie „Arbeiterstaat“ oder „Diktatur des Proletariats“ vermieden habe. Mit der anfangs sehr starken Stellung der Arbeiterschaft hing wohl auch ein in Böhmen und Mähren besonders ausgeprägter Argwohn gegenüber der „Intelligenz“ zusammen. Diesem Aspekt wird mit gutem Grund einige Aufmerksamkeit geschenkt, tauchte das Problem doch in den sechziger Jahren im nicht ganz unkomplizierten Verhältnis von Arbeitern und Reformern wieder auf.

Beachtung verdient die für die Arbeiterschaft überaus wichtige Sozialpolitik. Im Hinblick auf die Länder des sowjetischen Blocks wird sie zumeist im Zusammenhang mit sozialer Befriedung und als „weicher“ Stabilisator des Staatssozialismus diskutiert. Lenka Kalinová lenkt den Blick aber auch auf die repressiven Möglichkeiten der Sozialpolitik. Wie sie zeigt, konnte der Staat politische Renitenz durchaus mit der Einschränkung oder Verweigerung von Fürsorgeleistungen beantworten. Dieser Aspekt verdiente in der Forschung eingehendere Betrachtung. Wie weit konnten die Parteiregime in dieser Hinsicht gehen? Die Grenzen scheinen relativ eng gezogen gewesen zu sein. Das Jahr 1953 wird hier zu Recht als Wendepunkt von einer harten zu einer eher kompromißbereiten Politik erwähnt. Ausschlaggebend hierfür waren die Arbeiterproteste in der Tschechoslowakei und in der DDR. Überzeugend bringt Kalinová auch die Reformbemühungen der sechziger Jahre damit in Verbindung. Die Arbeiter seien bereit gewesen, im Interesse der Reform soziale Einschnitte hinzunehmen, wenn sie im Gegenzug größere Mitwirkungsmöglichkeiten an Entscheidungsprozessen und die Betriebe erweiterte Handlungsspielräume erhalten hätten.

Für die Zeit der 1969 einsetzenden „Normalisierung“ wurde das Paradoxon charakteristisch, daß die Bestrafung der Reformen vielfach durch ihren erzwungenen Übergang in die vorgeblich „herrschende“ Arbeiterklasse erfolgte. Auf der anderen Seite unternahm das Husák-Regime keine Anstrengungen mehr, sich aus dem Arbeitermilieu zu rekrutieren. Man setzte auf die beruhigenden Wirkungen der Sozialpolitik, geriet dabei aber in eine Falle aus sozialem Forderungsdruck und wirtschaftlicher Leistungsschwäche. Auch dies war ein generelles Merkmal der Entwicklung im sowjetischen Block.

Das von Ivo Georgiev präsentierte Vergleichsbeispiel Bulgarien bietet allerdings in mancher Hinsicht ein anderes Bild. Im Mittelpunkt seines Beitrags „Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen Bulgarien?“ steht die Reaktion der Arbeiter auf die in den sechziger und achtziger Jahren unternommenen Reformenläufe des bulgarischen Staatssozialismus. Wie auch für die Tschechoslowakei gezeigt, spielten historische Erfahrungen und Prägungen der Arbeiterschaft auch in diesem Fall eine immense Rolle. Vor allem ver-

dient die Mitte der dreißiger Jahre begonnene „pseudo-korporatistische“ Phase in den Arbeitsbeziehungen Beachtung. Hier entstand ein „von oben“ installiertes, dem Vorbild des italienischen faschistischen Staates verpflichtetes Institutionengefüge für die Arbeits- und Sozialpolitik, Branchenkollektivverträge und Arbeitnehmervvertretungen. Georgievs Argument, daß dieses staatlich dominierte System korporatistischer Interessenvertretung nach dem Zweiten Weltkrieg den Import des sowjetischen Modells erleichterte, erscheint plausibel. Ein Blick auf die wenigen Arbeitskonflikte, die in Bulgarien während der fünfziger Jahre ausbrachen, zeigt keine Gefahrenmomente, die das kommunistische Regime ernsthaft bedroht haben könnten. Dennoch reagierte die Machtelite mit einer Politik sozialer Befriedung, die zu einer sozialen Privilegierung der Arbeiterschaft gegenüber anderen Bevölkerungsschichten führte. Auch hier erkennt man das ebenfalls in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern praktizierte Politikmuster.

Die auf eine Dezentralisierung der Planwirtschaft zielenden Reformansätze der sechziger Jahre und die Arbeiterschaft scheinen die bulgarischen Arbeiter nicht sehr stark beeindruckt zu haben. Obgleich der Forschungsstand hierzu erhebliche Lücken aufweist, läßt sich die Zurückhaltung der Arbeiter doch recht sicher belegen. Für das Scheitern dieser Reform macht Georgiev in erster Linie die Intervention in der ČSSR, die Inkonsistenzen der Reformmaßnahmen und den Widerstand im Partei- und Staatsapparat verantwortlich. Inwieweit Arbeiter die wirtschaftlichen Liberalisierungsbestrebungen ablehnten, verdiente wohl noch eine eingehendere Betrachtung. Ivo Georgiev schließt nicht aus, daß sich bei den Arbeitern ein gewisser Konservatismus bemerkbar machte. Jedenfalls reagierten erhebliche Teile der Bevölkerung mit Erleichterung auf den Abbruch der Reform im Jahr 1968.

Wenn Arbeiter schon seit den fünfziger Jahren mit den Betriebsleitungen in vielen Betrieben einen informellen „Planerfüllungspakt“ eingingen, der höhere Löhne und Prämien sicherte, so war das systemadäquate Interessenpolitik, wie man sie auch in anderen sozialistischen Ländern antreffen konnte. Zu fragen ist, ob sich die Partei gegen diese Koalition nicht durchzusetzen vermochte oder auch nicht durchsetzen wollte. Mit dem „Neuen Ökonomischen Mechanismus“ von 1981 nahm sie allerdings einen neuen Reformanlauf – und fand sich in einem „Dickicht“ wieder, wie ein zeitgenössischer Beobachter formulierte. Bezeichnenderweise erlebte sie mit der im neuen Arbeitsgesetzbuch von 1986 kodifizierten erweiterten „Selbstverwaltung der Arbeiterkollektive“ Schiffbruch. Nicht etwa die Demokratisierung des Managements bot Konfliktstoff, sondern die neue Lohnpolitik. Sie ließ den „Produktionskollektiven“ viel Spielraum, übertrug ihnen aber auch mehr Verantwortung. Genau hier setzte die Verweigerungshaltung der Arbeiter ein. Statt Reformrisiken einzugehen, blieben sie lieber beim alten „Planerfüllungspakt“. Georgiev erhellt in seinem Beitrag die Logik dieser „Blockadehaltung“ und gibt damit den Blick frei auf einen Typ der Arbeitsbeziehungen, wie er im Prinzip im gesamten sowjetischen Block anzutreffen war.

Daß dieses Modell in Bulgarien recht deutlich ausgebildet war, führt er nicht zuletzt auf eine starke Verankerung vieler Arbeiter in der bäuerlichen Lebensweise zurück. Sicher wäre es zu weit hergeholt, diese „peasant-workers“ mit ihrer egalitären Orientierung in letzter Konsequenz für das Scheitern der Reformversuche verantwortlich zu machen. Aber zweifellos hatten sie daran ihren Anteil, ebenso wie die konservative Nomenklatura. Mit guten Gründen konstatiert Ivo Georgiev hierfür weiteren Forschungsbedarf.

Ein ähnliches Bild zeichnet auch Dragoş Petrescu in seinem Beitrag „Workers and Peasant-Workers in a Working Class‘, Paradise‘: Patterns of Working Class Protest in Communist Romania“, in dem er die Rolle der Arbeiterschaft beim Sturz des Ceauşescu-Regimes im Dezember 1989 unter die Lupe nimmt. Immerhin begann der Protest im Industriegebiet von Timișoara, wo der Arbeiteranteil rund 60% der Gesamtbevölkerung ausmachte. Auch in diesem Fall hat man es mit zwei Hauptkategorien von Arbeitern zu tun; den nach wie vor mit der Landwirtschaft verbundenen „peasant-workers“ und den über ein oder mehrere Generationen im industriellen Milieu lebenden „genuine workers“. Welches Gewicht dieser Unterscheidung im Fall Rumäniens zukam, verdeutlicht Petrescu in einem Überblick zur inneren Migration aus den ländlichen Räumen in die Industriezonen von Constanța, Braşov, Hunedoara und Timișoara. Beachtenswert bleibt in diesem Zusammenhang, wie relativ stabil der Status der „peasant-workers“ war. Daß er angesichts der Versorgungskrisen als individuelle Strategie des Überlebens zu erklären ist liegt auf der Hand, denn dieser Personenkreis verfügte über einen wesentlich besseren Zugriff auf landwirtschaftliche Ressourcen als die rein städtische Bevölkerung. Der Unterschied machte sich besonders bemerkbar, als Rumänien in den späten siebziger Jahren in eine schwere Wirtschafts- und Versorgungskrise geriet. Deren Folgen bekamen die ursprünglich vom Regime privilegierten „genuinen“ Arbeiter besonders drastisch zu spüren, weshalb sich hier auch das Protestpotential am schnellsten anstaute.

Petrescu unterscheidet zwischen 1950 und 1989 drei Perioden im Protestverhalten der Arbeiter: In der Zeit von 1950 bis 1958 waren Unruhen und Streiks in allen Segmenten der traditionellen Arbeiterschaft zu verzeichnen; 1958 bis 1977 kam es zu einem „tacit deal“, der durch eine relative Übereinstimmung zwischen Arbeitern und kommunistischem Regime gekennzeichnet war; von 1977 bis 1989 hatte man es mit einer Strukturkrise des rumänischen „vielseitig entwickelten Sozialismus“ zu tun, die erneut Proteste in den Industriezentren auslöste. Die ausführliche Darstellung dieser Perioden zeigt, wenn auch mit größerer Intensität, die gleiche Pendelbewegung zwischen Investition und Konsumtion, wie sie auch in den anderen sozialistischen Planwirtschaften zu beobachten war. Auch hier deutet sich weiterer Diskussionsbedarf an. So ist die einfache Gegenüberstellung von Arbeiterschaft und Parteiregime zweifellos nicht ausreichend, um diese Beziehung zu beschreiben. Vielmehr scheint es notwendig, einzelne Branchensegmente der Industriearbeiterschaft differenzierter auf dieses Verhältnis hin zu betrachten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen wohl auch die „peasant-workers“, auf deren besondere Interessenlage neben Dragoş Petrescu auch Ivo Georgiev hingewiesen hat. Überdies erscheint es nötig, auch das Verhalten der Parteiregime vor allem im Hinblick auf ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen vor dem Hintergrund einer sozial und mental differenzierten Arbeiterbevölkerung genauer auszuloten.

Dem Problem wendet sich auch Anikó Eszter Bartha in ihrem Beitrag „The Disloyal ‚Ruling Class‘: The Conflict between Ideology and Experience in Hungary“ zu. Anhand von Archivmaterial aus dem Gebiet Győr-Sopron, von Interviews mit Beschäftigten einer Waggonfabrik und gestützt auch auf soziologische Forschungsergebnisse formuliert sie zwei Thesen: Erstens entwickelten Arbeiter in Abgrenzung gegenüber den „anderen“ eine eigene „Wir“-Identität. Die „anderen“, das waren Parteifunktionäre, Angehörige der „Intelligenz“, Bauern und Selbständige. Die zweite These besagt, daß Arbeiter auf offensichtlich nicht-

sozialistische Phänomene in der sozialistischen Gesellschaft mit einer Abwendung von gesellschaftlich-politischem Engagement reagierten und immer „materialistischer“, im Prinzip also konsumorientierter wurden.

Den historischen Hintergrund bildet der „Neue ökonomische Mechanismus“, mit dem Ungarn seit Mitte der sechziger Jahre die Basis für eine Expansion des privaten Wirtschaftssektors legte. Bartha verweist auf die kontroverse Situation, die sich aus dem Nebeneinander von Marktwettbewerb und Planökonomie ergab. Arbeiter, wie auch andere abhängig Beschäftigte, vermochten den bisherigen Lebensstandard nur durch Mehrarbeit bzw. durch Zusatzjobs zu halten. Am Beispiel der Waggonfabrik wird gezeigt, wie der kontinuierliche Preisanstieg das Betriebsklima belastete. Auf die Anfänge der Wirtschaftsreform reagierten die Arbeiter offenkundig negativ. In den siebziger Jahren suchte die Politik die Lage durch soziale Ausgleichsmaßnahmen und eine moralische Aufwertung der „sozialistischen Arbeit“ zu entspannen. In dem Zusammenhang ergab sich allerdings ein weiteres Problem, worauf Bartha aufmerksam macht: Ein signifikanter Teil der Arbeiterschaft verstand unter „Arbeiterklasse“ die „Blue-Collar-Workers“ und unter „führende Rolle der Arbeiterklasse“ deren Kontrolle über das Management. Bemerkenswert erscheint, wie angesichts des Reformprozesses in Teilen der Arbeiterschaft eine Sonderform von Klassenbewußtsein entstand, das sich gegenüber dem „Kleinbürgertum“ im wirtschaftlichen Management, aber auch im Parteiapparat definierte. Dem wirkte freilich eine Tendenz entgegen, mit der sich materielle Eigeninteressen auch unter Arbeitern durchsetzten. Dabei ging es auch um Lohnunterschiede zwischen einzelnen Branchen, sowie zwischen Männern und Frauen. Bartha belegt das mit vielen Zahlen und Interviewziten. Auch ist interessant, daß sich Arbeiter in einer Konkurrenzsituation mit den aus ihrer Sicht privilegierten Bauern sahen. In gewisser Weise ähnelte das Problem dem der für Bulgarien und Rumänien beschriebenen „peasant-workers“.

Die angeführten Beispiele werfen zudem eine weitere Frage auf: In den Augen der meisten Arbeiter habe das Experiment des „Realsozialismus“ effektiv zur Delegitimierung des sozialistischen Systems beigetragen. Arbeiter, so Bartha, hätten ihre Kritik an der sozialistischen Gesellschaft, an der Partei und ihrer Führung als ein Kollektiv geäußert. Paradoxerweise aber habe die Führung selbst zur Formierung dieser kollektiven Identität beigetragen.

3. Inszenierungen

Zwei Beiträge nehmen sich dieses Themenkreises *expressis verbis* an. So gehen Simone Barck und Dietrich Mühlberg unter dem Titel „Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.

Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung“ der Frage nach, wie diese Inszenierungspraxis Arbeiter, Arbeiterschaft und Arbeiterklasse „ins Bild“ rückte. Rainer Gries hingegen betrachtet in seinem Beitrag „Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der Arbeiter-und-Bauern-Macht“ Selbstinszenierungen des Parteiregimes im Arbeiter-Gewand. Beide Perspektiven offenbaren den Legitimationsbedarf der Parteiregime, aber auch den Wunsch nach Vergewisserung über den eigenen Standort in der Geschichte. In beiden Fällen

bleibt der Rückgriff auf Bilder und Traditionen der im 19. und frühen 20. Jahrhundert aufsteigenden Arbeiterbewegung sowie auf klassische Arbeitssituationen der Hochindustrialisierungsperiode kennzeichnend.

So zeigen Barck/Mühlberg, daß der Politik der SED in der DDR die Vorstellung von einem weitgehend egalitären Arbeitersozialismus zugrunde lag. Die programmatisch anvisierte neue Gesellschaft sollte bei zunehmender sozialer Gleichheit ihren Fixpunkt in der Existenz- und Lebensweise der modernen Industriearbeiterschaft finden. Das hierfür relevante „Arbeiterbild“ wird in diesem Beitrag in einer Doppelperspektive wahrgenommen, nämlich im Sinne genereller Vorstellungen vom Arbeiter einerseits und im Hinblick auf künstlerische Arbeiterdarstellungen andererseits. Der nötige Hinweis auf das Arbeiterbild bürgerlich-philanthropischer Provenienz stellt das in der DDR-Gesellschaft favorisierte Gegenstück in eine Tradition von Bildungs- und „Veredlungs“-Bemühungen.

Bei den in der DDR-Gesellschaft produzierten und wirkenden Arbeiterbildern werden vier Entwicklungsphasen unterschieden: In der ersten Phase der vierziger und fünfziger Jahre habe man um ein „wahrhaftiges“ Menschenbild gerungen. Eine zweite Phase bilden die sechziger Jahre, „die eigentliche Blütezeit von Arbeiter-Bildern in den Künsten und Medien“. Sie waren bestimmt durch Grundsatzdebatten zwischen den Generationen über die Stellung der Arbeiter in der neuen Gesellschaft. In der dritten Phase der siebziger Jahre erwiesen sich Arbeiterbilder der sechziger Jahre für viele Künstler als illusionär und sie versuchten, sie kritisch aufzuheben. In der vierten Phase der achtziger Jahre habe sich das sozialistisch- industriegesellschaftliche Arbeiterbild der DDR schließlich aufgelöst. Dieser durch illustrative Beispiele abgestützten Periodisierung folgen Exkurse zum Arbeiterbild in der DDR-Literatur.

Der Bogen spannt sich von der Suche nach dem in der Figur des Arbeiters vermuteten „neuen Menschen“ bis zur Musealisierung und Erosion des Arbeiterbildes in den siebziger und achtziger Jahren. Es mag überraschen, wenn Barck/Mühlberg am Ende konstatieren, daß es in den späten Jahren der DDR eigentlich nicht mehr ganz klar war, „wer ‚die Arbeiter‘ eigentlich sind“. Die Gründe hierfür sind wohl im Utopieverlust und in einer tiefgreifenden Verunsicherung zu suchen. Verband sich das traditionale Arbeiterbild mit der sozialen Frage und dem Versuch ihrer Lösung, so zerfloß dieses Arbeiterbild vielleicht in dem Maße, in dem der Sozialismus selbst zu einer sozialen Frage wurde.

Rainer Gries' Beitrag „Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der Arbeiter-und-Bauern-Macht“ weitete diesen Themenkreis aus. Am Beispiel der Demonstration zum 20. Jahrestag der DDR untersuchte er Ritualisierungen des Alltags als Ritualisierungen der Politik. Diese Ritualisierungen wurden von ideologischen, sozialen und politischen Utopien durchzogen. Sie dienten der Kommunikation der Herrschenden mit den Beherrschten. Allerdings hat man es auch hier mit der spannungsvollen Beziehung von Intention und Wirklichkeit zu tun. Auf jeden Fall ist Gries zuzustimmen, wenn er auffordert, den Anteil solch einer politisch intendierten Kommunikation an der Herausbildung von Werten, Orientierungen und Haltungen noch genauer zu untersuchen.

Der Beitrag systematisiert zunächst Strukturelemente einer politischen ‚Rhetorik des Performativen‘ im DDR-Sozialismus. Im Prinzip entsprechen sie denen, wie sie allgemein bei der Ritualisierung des öffentlichen Lebens zu beobachten sind. Politische Rituale sozialistischer Gesellschaften gingen oft mit Feiern und Festen einher. Politische Botschaften wurden

durch Rituale vermittelt. In dieser Hinsicht bot der politische Fest- und Feiertag der DDR zahlreiche Ansatzpunkte. Der Feststellung, hier habe man es, wie übrigens im gesamten Ostblock, mit der Übernahme sowjetischer Vorbilder zu tun, ist wohl kaum zu widersprechen. Doch lohnte vielleicht auch ein Blick auf die Rituale der internationalen kommunistischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit.

Rainer Gries unterscheidet in der Ritualstruktur mehrere Gattungen: Zu den offiziellen staatlichen Fest- und Feiertagen gehörten der 1. Mai, der als Tag der Befreiung gefeiert wurde, der 8. Mai und der 7. Oktober als Gründungstag der DDR sowie der 8. März, der Internationale Frauentag. Als zweite Gattung führt er die Ehrentage für bestimmte Berufsgruppen an, die eine Mobilisierungsfunktion hatten und zugleich der Identitätsstiftung dienen sollten. Eine dritte Gattung von Ritualen bildeten die Feiern im Lebenszyklus. Hier handelte es sich zu meist um Umwidmungen christlicher Traditionen wie Taufe, Kommunion und Firmung bzw. Konfirmation, Eheschließung und Beerdigung in „sozialistische Namensgebung“, Jugendweihe und nichtkirchliche Hochzeits- und Bestattungszeremonien. Eine vierte Kategorie bildeten die ihres ursprünglichen Sinngehaltes entleerten kirchlichen Oster- und Weihnachtsfeste. Interessant ist allerdings, daß in der DDR wie in anderen sozialistischen Ländern keine gänzliche Abschaffung dieser Feiertage erfolgte, sondern allenfalls ihre Verschiebung und Umbenennung. Charakteristisch waren auch Versuche, traditionale Volksfeste und Bräuche für die politische Propaganda zu vereinnahmen.

Als Beispiel für relativ feststehende Grundzüge sozialistischer Ritualtypen analysiert Gries den „Vorbeimarsch an der Ehrentribüne“. Hier handelte es sich um ein von der Sowjetunion übernommenes Kernritual, das einer öffentlichen Festschreibung und Legitimierung der neuen Machtverhältnisse dienen sollte. Der „Vorbeimarsch“ inszenierte eine Dichotomie zwischen „oben“ und „unten“ und symbolisierte deren Kommunikation im Kontext politischer und sozialer Utopie.

Es lohnte vielleicht, angesichts solcher Inszenierungspraktiken, wie sie in diesen beiden Beiträgen unter die Lupe genommen wurden, auch die Frage aufzuwerfen, inwieweit die kommunistische Machtelite Opfer ihrer eigenen Symbolhandlungen und Inszenierungen geworden ist. Zumindest im Fall von Honecker spielte es womöglich eine Rolle, daß sie den Blick für problematische Realitäten verstellten. Könnte man mit Blick auf König Ludwig II. von Bayern gar von einem sozialistischen „Kini“-Effekt sprechen?

4. Ausblick

Der „Arbeiterstaat“, wie er in den vorgestellten Beiträgen vor allem hinsichtlich seiner „realsozialistischen“ Ausprägung diskutiert wird, war zweifellos mehr als Konstruktion und Inszenierung. Die Arbeiterexistenz im „Arbeiterstaat“ hatte vor allem ihre praktischen Seiten. So liegt es nahe, wenn die Beiträge der anschließenden zweiten und dritten Sektion den Blick auf die Dimensionen des täglichen Lebens in den Ländern des sowjetischen Blocks erschließen. Gleichwohl verdient das intentionale Element, der mit dem „Arbeiterstaat“ verbundene gesellschaftspolitische Konstruktions- und Gestaltungsanspruch, nicht nur ideen- und politikgeschichtliches Interesse. Wie in kaum einer anderen Gesellschaft bean-

spruchte er Relevanz für die Arbeitspraxis und Lebensbewältigung der gesamten Erwerbsbevölkerung, nicht nur der Arbeiter. Aber gerade diese bildeten zugleich den Ausgangs- und Zielpunkt aller politischen Konstruktions- und Inszenierungsbemühungen. Das war durchaus ernst gemeint. Wolfgang Englers Diktum von der „arbeiterlichen Gesellschaft“ verweist auf gravierende, auch sozialgeschichtliche Konsequenzen.⁶

Beachtenswert ist vor allem der weiträumigere und systemübergreifende Kontext einer Industriegesellschaft, die sich seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts in einem beschleunigten Wandel befindet. Das Beziehungsgefüge von Arbeitern und „Arbeiterstaat“ blieb davon nicht unberührt. Wenngleich in den betrachteten mittel- und osteuropäischen Ländern unter sozialistischem Vorzeichen traditionale Milieus der Arbeiterschaft und der Angestellten, teils auch der Landbevölkerung konserviert wurden, setzte auch hier ein Auflockerungsprozeß ein. Neben neuen Aufsteigermilieus etablierten sich auch modernisierte, vor allem aus jüngeren, hedonistisch orientierten Beschäftigten bestehende Arbeitermilieus, sowie Alternativmilieus von Intellektuellen und Subkulturellen.⁷ Angesichts dieser Veränderungen läßt sich hinter der Formel von der „führenden Arbeiterklasse“ ein dramatisches Mißverständnis vermuten: Während die Machteliten in ihrer Gesellschaftspolitik auf die traditionellen Milieus und deren Interessenlagen fixiert blieben, begann deren Fundament, die klassische Industriegesellschaft, immer stärker zu bröckeln. Damit lösten sich aber auch wichtige Verankerungen des „Realsozialismus“. In ihrer Konsequenz reichten die Wirkungen dieses Wandels über den Kollaps des sowjetischen Blocks und seiner Parteiregime hinaus.

Bei den Forschungen zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiter in den Ländern des sowjetischen Blocks wird man diese Veränderungen im Blick behalten müssen, um zu verstehen, was da geschah. Hier waren Prozesse im Gange, die sich nicht auf das sozialistische Gesellschaftsmodell reduzierten. Vielmehr begann sich, gewissermaßen als eine starke Unterströmung, die dritte industrielle Revolution zu beschleunigen. Der Vorgang läßt sich im Anschluß an Fernand Braudels Modell einer in unterschiedlichen Geschwindigkeiten verlaufenden Geschichte erklären.⁸ Für das hier behandelte Thema hat auch das Konsequenzen: Nicht nur der „Arbeiterstaat“ geriet in die Krise, sondern auch „der Arbeiter“. Während das politische System in den späten achtziger Jahren zerfiel, mehrten sich auch die Anzeichen dafür, daß das normative Ideal lebenslanger Vollzeitarbeit in möglichst ein- und demselben Beruf grundsätzlich in Frage gestellt werden würde.

6 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999. Bes. das Kapitel: Eine arbeiterliche Gesellschaft. Warum die Arbeiter in der ostdeutschen Gesellschaft sozial und kulturell dominierten und selbst aus der politischen Ungleichheit Vorteile zogen, S. 173–208.

7 Vgl. Michael Hofmann, *Sozialkulturelle Milieus einer Industriegesellschaft in Bewegung*, in: Kristina Bauer-Volke/Ina Dietzsch (Hg.), *Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*, Berlin 2003, S. 145–155, hier 146f.

8 Fernand Braudel, *Schriften zur Geschichte Bd. 1: Gesellschaften und Zeitstrukturen*, Stuttgart 1992, S. 49–87, hier 67.